

Tischvorlage

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.12.2007

- Punkt 6: Antrag des Fachausschusses „Allgemeine Förderung der Jugendhilfe“ auf Schaffung einer weiteren Stelle im Jugendamt, Fachbereich Finanzmanagement, UVG-Altfälle

In der Sitzung des Fachausschusses „Allgemeine Förderung der Jugendhilfe“ vom 13.11.2007 wurde die Heranziehung im Bereich „Unterhaltsvorschussgesetz“ eingehend erörtert.

Von Seiten der Verwaltung wurde eine Vorlage „Erhöhung der Einnahmen im Bereich UVG“ gefertigt. Hierbei wurden verschiedene Wege aufgezeigt, um eine Einnahmeerhöhung im Bereich UVG zu erzielen. Die erwähnte Vorlage ist als Anlage beigefügt.

Nach eingehender Beratung im Fachausschuss wurde darüber Konsens erzielt, dass die aufgezeigte Lösung 1 favorisiert wird. Folgender Beschluss wurde gefasst:

„Der Fachausschuss „Allgemeine Förderung der Jugendhilfe“ beschließt, dass im Bereich der sog. UVG-Altfälle zum nächst möglichen Zeitpunkt eine Fachkraft eingestellt wird, die sich ausschließlich mit den sog. UVG-Altfällen befasst. Die Verwaltung bzw. der Kreisausschuss möge prüfen, ob anstelle einer Fachkraft auch die Einstellung von zwei Halbtagskräften in Betracht kommt. Die Verwaltung berichtet halbjährlich im Fachausschuss „Allgemeine Förderung der Jugendhilfe“ über den Stand der Einziehung im Bereich der UVG-Altfälle.“

Beschlussvorschlag für den Jugendhilfeausschuss:

„Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschluss des Fachausschusses „Allgemeine Förderung der Jugendhilfe“ zu und beschließt, dass im Kreistag ein entsprechender Antrag auf Einrichtung einer weiteren Stelle im Bereich der UVG-Altfälle gestellt wird.“

Erhöhung der Einnahmen im Bereich UVG

derzeitige Situation:

Einnahmequote ohne Ausfalleistung:		16%
Einnahmequote mit Ausfalleistung:		20%
laufende Fälle:		886
Altfälle:	ca.	900
Außenstände in €:	ca.	10.000.000

Die Ausfalleistungen liegen bei ca. 50 %

30 % Leistungsunfähigkeit

8 % KV nicht feststellbar

12 % Aufenthaltsort unbekannt

Somit könnten von den Außenstände ca. 5.000.000 € vereinnahmt werden. Davon sind wiederum 2/3 abzuführen. Es würden ca. 1.600.000 € beim Kreis verbleiben.

Lösung 1:

Schaffung einer neuen Stelle (befristet auf zunächst 2 Jahre)

Kosten pro Jahr: ca. 38.000,00 €

Bei jährlichen Mehreinnahmen von ca. 115.000,00 € ist die Stelle rentabel.
(2/3 der Einnahmen sind an den Bund und an das Land abzuführen)

Lösung 2:

Abgabe der Einnahmeverwaltung an ein Inkasso-Büro

Pauschale pro Akte ohne Erfolg nach 12 Monaten	10,00 €
nichttitulierte Ansprüche im Erfolgsfalle	5%
titulierte Ansprüche im Erfolgsfalle	40%
Langzeitüberwachung	- €
außergerichtliches Insolvenzverfahren	- €
einmalige Kosten für Einrichtung "aktiv-net"	250,00 €

Diese Kosten müsste der Kreis alleine Tragen!

mögliche Kosten-, Leistungsrechnung:

Gesamtzahl der Fälle: ca. 1.800 Fälle
davon mögliche Ausfallleistungen 900 Fälle

Pauschale: 900 10,00 € 9.000,00 €

nichttituliert: 5.000.000,00 € 5% 250.000,00 €
tituliert: 5.000.000,00 € 40% 2.000.000,00 €

derzeitige Situation:

nichttituliert: 4.500.000,00 € 5% 225.000,00 €
tituliert: 500.000,00 € 40% 200.000,00 €

mögliche Realisierung:

Einnahmen: 5.000.000,00 € 1/3 1.600.000,00 €
./. 425.000,00 €
1.175.000,00 €

./. 1.600.000,00 €
38.000,00 €
1.562.000,00 €